

Änderungsantrag

der Abgeordneten Antje Hermenau, Angelika Beer, Winfried Nachtwei, Gerd Poppe, Christian Sterzing, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Dr. Uschi Eid und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6005, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 05
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 05 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird der Titel 686 28 – Beitrag zu OSZE-Institutionen, Missionen und Kosten für die Folgekonferenzen, Seminare und sonstige Veranstaltungen im OSZE-Bereich – von 8 000 TDM um 4 300 TDM auf 12 300 TDM erhöht.

Bonn, den 21. November 1996

Antje Hermenau
Angelika Beer
Winfried Nachtwei
Gerd Poppe
Christian Sterzing
Wolfgang Schmitt (Langenfeld)
Dr. Uschi Eid
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Finanzausstattung der OSZE ist bis heute unzureichend und nährt den Verdacht, daß die Mehrheit der Mitgliedstaaten bisher nicht den politischen Willen entwickelt hat, die OSZE tatsächlich zum Mittelpunkt eines europäischen Sicherheitssystems zu machen. Die Hälfte des Etats wird gegenwärtig allein für Übersetzungen verbraucht. Wie eklatant die Unterfinanzierung der OSZE gemessen an ihren Aufgaben ist, zeigt die Tatsache, daß im Haus-

halt der Bundesregierung 1996 für die Durchführung einer einzigen NATO-Außenministertagung deutlich mehr Finanzmittel vorgesehen sind als für den gesamten deutschen Anteil an den Kosten der OSZE-Institutionen. Deshalb soll die Institution OSZE unabhängig von konkreten Einzelmissionen gestärkt und dazu eine Finanzierungsmöglichkeit angeboten werden.

Eine Steigerung des deutschen Beitrags würde auf Dauer dazu beitragen können, die anderen Mitgliedstaaten ebenfalls zu einer Erhöhung ihrer Finanzierung der OSZE zu veranlassen. Diese zusätzlichen Finanzmittel sollen zur Finanzierung der institutionellen Reformmaßnahmen und entsprechender selbständiger Initiativen und Vorleistungen der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.